

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Postgebühren 2.- Mark, für Selbst-Abholer 1.80 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telegramm-Sammelnummer 72206 - **Postkonten** Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72210. - **Verlag in Leipzig,** Lauchaer Straße 19/21 - Telephon 72073

Inseratenpreis: Die 10. Gehalt. Kolonelle 35 Wfg., bei 12 Spalten 40 Wfg., Stellenangebote 10 Gehalt. Kolonelle 25 Wfg. Familienanzeigen von Privaten die 10. Gehalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeitung 2 Wfg. Inlerate v. ausm.: die 10. Gehalt. Kolonelle 40 Wfg. bei 12 Spalten 60 Wfg. Reklamezeile 2.25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Front gegen Rußland?

Der Vorwand der Verhaftungen

Die kapitalistischen Unternehmungen, deren Aufgabe es ist, die öffentliche Meinung zu fabricieren, haben in der vergangenen Woche wieder einmal Hochkonjunktur gehabt. Die Verhaftungen einiger deutscher Ingenieure in Sowjetrußland sind ihnen Grund genug gewesen, die unbequeme Aufmerksamkeit des Volkes von dem Korruptionsstand im Reichswehrministerium abzulenken und sie auf die Sowjetunion hin zu dirigieren, wo „Personen der deutschen Wirtschaft schweres Unrecht“ geschehen sei sollte. Die Reichsregierung ihrerseits unterstützte das Treiben der bürgerlichen Presse, in dem sie die Verhaftungen benutzte, um die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen abzubrechen. Noch, ehe das Ergebnis einer Untersuchung vorliegen konnte, wurde von den offiziellen Stellen und von der gesamten bürgerlichen Presse behauptet, daß die Verhaftungen ohne Grund erfolgt und sämtliche in Rußland verhafteten Deutschen völlig unschuldig seien.

Das Vorgehen der sowjetrussischen Organe wird von ihnen auf innerpolitische Schwierigkeiten zurückgeführt, aus denen sie durch einen Feldzug gegen die ausländischen Spezialisten herauskommen wollen. Die Arbeiterklasse und ihre Presse hat keine Veranlassung, sich in die Front der kapitalistischen Gegner Sowjetrußlands einzureihen. Auch in diesem Falle nicht. Ihre Aufgabe ist es, Sowjetrußland in keinem Kampfe gegen seine übermächtigen kapitalistischen Gegner beizustehen. Da es nicht wahr ist, daß die Verhaftungen ohne jeden Grund erfolgt sind, sind auch wir der Auffassung, daß sie für das Unwägliche Amt nur ein Vorwand für den Verhandlungsabbruch waren. Aus den Mitteilungen, die der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion der Öffentlichkeit übergeben hat, geht klar hervor, daß von den sowjetrussischen Organen im Nordkaukasus unter unmittelbarer Mitwirkung der Arbeiter eine konterrevolutionäre Bewegung aufgedeckt worden ist, die sich die Desorganisation und Zerstörung des Kohlenbergbaues zum Ziel gesetzt hatte. Es wird darin gesagt, daß nach ungewissen Feststellungen der Untersuchung die Leitung der Zentrale dieser Organisation sich im Auslande befindet und Verbindung hält mit ehemaligen kapitalistischen Eigentümern von Kohlengruben und mit einzelnen Agenten einiger deutscher Industriekontoren und mit der polnischen Spionage. Von dieser Zentrale wurden Brände, Explosionen, Beschädigungen von Maschinen, Einfürze von Schächten angezettelt und auch auf andere Art soll die Wirtschaftsblockade planmäßig durchgeführt worden sein.

Es wurden im Auslande überflüssige Ausrüstungsgegenstände angekauft, manchmal veraltete Maschinen, manchmal im Gegenteil allerneueste, deren Anwendung wegen der technischen Bedingungen des südlichen Kohlenegebietes unmöglich war. So wurden beispielsweise in Amerika Bohrmaschinen angekauft, die nur für feste Schichten tauglich waren, und auf weichen Schichten in Betrieb gesetzt. Aufträge wurden zu dem besonderen Zwecke gemacht, zur unrichtigen Zeit ausgeführt zu werden. Häufig wurden ganze unnütze Mechanismen bestellt, einzelne Teile von Maschinen wurden zu verschiedenen Zeiten bestellt. Die Neuausrüstungen wurden überall, wo es den Konterrevolutionären gelungene war, ihre Leute an die Spitze zu stellen, böswillig und nachlässig vorgenommen, was zu zahlreichen Unfällen, Beschädigungen und Zerstörungen führte.

Für diese Arbeit sind nach den Mitteilungen des sowjetrussischen Staatsanwaltes die Ingenieure, Techniker, Steiger und andere Angestellte herangezogen worden. Die zahlreichen, die russische Wirtschaft desorganisierten Erscheinungen haben dann zu einer Untersuchung geführt, in deren Verlauf die Verhaftungen erfolgten. Nach den Angaben ist weiter festgestellt worden, daß die Teilnehmer der Organisation von einer ausländischen Weisgardisten-Zentrale finanziert wurden. Man kann nach diesen Mitteilungen nicht sagen, daß die Verhafteten „unter Verhaftung“ von Gründen ihrer Freiheit beraubt und in Kerkerhaft genommen worden seien“. Und wenn Georg Bernhard in der Wostschischen Zeitung behauptet, daß in Deutschland nach solchen Verhaftungen „die Verfahren unter Kontrolle der Öffentlichkeit“ stünden, so ist das wirklich mehr als Unwahrscheinlichkeit. Wie viele Verfahren, bei denen es sich angeblich um Handels- oder Wirtschaftsspionage handelt, sind in der deutschen Republik unter strengster Aufsicht der Öffentlichkeit durchgeführt worden, wobei die Angeklagten oft zu langen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Glauben die sowjetrussischen Behörden, aus den festgestellten zerstörenden Erscheinungen in ihrem Wirtschaftsorganismus auf das Bestehen einer konterrevolutionären Organisation schließen zu müssen, so wäre es ihre Pflicht, die Untersuchung schonungslos durchzuführen. Wie es ihre Pflicht ist, Verhaftete, die unschuldig in den Verdacht der Beteiligung gekommen sind, sofort freizulassen und sie zu rehabilitieren, sobald sich ihre Unschuld ergeben hat. Es ist aber falsch, wie es die bürgerliche Presse tut, nur deswegen von vornherein ihre Unschuld zu behaupten, weil die Verhafteten Deutsche sind. Wenn übrigens in Deutschland deutsche Arbeiter von deutschen Gerichten unschuldig in Haft gehalten und dann

wegen Vergehen, die für rechtsstehende Verbrecher straffrei sind, zu jahrelangen Freiheitsstrafen verurteilt werden, empört sich diese Presse nicht.

Es ist aber auch nicht das erste Mal, daß in einem anderen Lande Deutsche wegen Spionage oder anderen Vergehen verhaftet und zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt werden. Noch nie hat man in einem solchen Falle davon gehört, daß Deutschland deswegen mit dem Abbruch von Wirtschaftsverhandlungen oder ähnlichem gedroht hätte. Wenn Stresemann diesmal so schnell damit bei der Hand war, so wird der Grund in der Umorientierung seiner Außenpolitik liegen, die in dem vergangenen Jahr immer deutlicher in Erscheinung getreten ist. Seit Stresemann in dem Konzert der Weltmächte mit spielen darf, legt er mit Rücksicht auf England auf ein allzu enges Verhältnis mit Rußland keinen Wert mehr. Die Wostschische Zeitung gibt zu, daß England durch seine direkten und indirekten Emisäre in Deutschland ziemlich skrupellos mit der Volkswirtschaft gearbeitet. „Diese englische Arbeit ist bei manchen politischen Kreisen nicht unwirksam geblieben, in denen seit geraumer Zeit das Verhältnis zu Rußland als eine Belastung gegenüber den Weltmächten empfunden wird. Für manchen deutschen Politiker hat die bloße Tatsache, daß es neben dem Westen auch einen Osten gibt, etwas Bedrückendes. Diese Sorte von Gegnern des politischen Spieles mit mehreren Augen würde viel ruhiger schlafen, wenn die Welt kurz hinter Frankfurt a. O. aufhörte. Daß dahinter noch Polen kommt, daß es Nordstaaten, daß im südlichen Osten die Balkanvölker haufen, ist schon unbedeutend. Das nun aber gar eine Union der Sowjetstaaten existiert, mit denen man Verträge hat und mit denen man sich wirtschaftlich auseinandersetzen muß, wird als eine fürchterliche Störung empfunden, wo man doch sonst mit England und Frankreich sich nur zu vertragen brauchte.“

Daß die sozialistischen Arbeiter jeden Schritt einer antirussischen Außenpolitik mit größtem Mißtrauen und wachendem Widerstande verfolgen müssen, daß erfordern ihre eigenen Interessen. Darum verurteilen sie den Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland und stellen sich der Heiße gegen die Sowjetunion entgegen.

Freilassungen

Die Sowjetregierung hat von den verhafteten deutschen Ingenieuren und Monteuren bisher trotz des deutschen Protestes nur drei auf freien Fuß gesetzt. Das sind der Ingenieur Goldstein, der bereits in den nächsten Tagen Rußland verlassen wird, und der Monteur Wagner, der ebenfalls die Rückreise nach dem Verlauf dieser Woche anzutreten gedenkt. Der deutsche Ingenieur Otto wurde nur unter der Voraussetzung aus der Haft entlassen, daß er Rußland zunächst nicht verläßt und sich zur Verfügung der Gerichtsbehörden stellt. Außer den drei deutschen Angestellten sind inzwischen vier verhaftete russische Ingenieure aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Mehr als 50 befinden sich jedoch zur Zeit noch im Gefängnis.

Inzwischen ist der Dipl.-Ingenieur der AEG, Hillé, der seit Monaten im Auftrage seiner Firma in Rußland gewirkt hat, und der Verhaftung eines Teiles seiner Kollegen beizuwohnen, in Berlin eingetroffen. Er schildert in einem Berliner Montagblatt die einzelnen Vorgänge bei der Verhaftung und stellt u. a. fest, daß die politische Polizei anfänglich selbst nicht gewußt hat, warum ihr der Auftrag zur Verhaftung der deutschen Angestellten gegeben worden war. Erst als alle deutschen Beamten und Angestellten in Rußland komo in den Proteststreik getreten waren, habe man Ursache und Zweck der politischen Maßnahmen erfahren.

In Leningrad wurden in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Protestkundgebungen gegen Deutschland veranstaltet. Man protestierte vor allem gegen den „unbegründeten Abbruch der wirtschaftlichen Verhandlungen“ und „gegen die Verhinderung der kapitalistischen Regierung, Vorschriften darüber machen zu wollen, wie Rußland seinen Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente zu führen habe.“ Das Ende der Veranstaltungen bildete jeweils die Annahme von besonderen Entschuldigungen, in welchen die strengste Bestrafung der Verhafteten ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit gefordert wird.

Ende des Wüstenkrieges?

London, 17. März.

Die vor einigen Tagen in der englischen Presse verbreiteten verschiedenen Gerüchte über die Bekämpfung des Heiligen Krieges, mit dem angeblich Ibn Saud gegen die heiligen Mandate Irak und Transjordanien vorgehen wolle, stellten sich als unbegründet heraus. „Times“ und Reuters-Meldungen aus Vesta und Bagdad zufolge sind weitere größere Einfälle der Wahabiten in den Irak nicht zu befürchten. Dem Scheich Sultan Abd Din Ibn Samid, der Führer der Atibah-Stämme, die mit einer großen Streitmacht gegen die Irakgrenze vorrückte, ist von Ibn Saud befohlen worden, seine Offensiv aufzugeben. Er teilt nun mit seiner großen Streitmacht nach Ghathma im Innern Arabiens zurück, von wo aus er gegen die Irakgrenze vorrückte.

Stärker als je zuvor

Aus den Ziffern der Großbankbilanzen

Die Bilanzen der Großbanken sind zwar ein Spiegel der Wirtschaftsentwicklung, aber ein recht trüber. Wenn die ökonomischen Tatsachen nicht in wesentlichen Zügen bekannt waren, bevor er den Versuch unternahm, die Hieroglyphen der Bankabschlüsse zu entziffern, dem wird es nicht gelingen, zwischen den Zeilen zu lesen, was in den Zeilen verschwiegen oder verschleiert ist.

Die Banken sind die Reservoire, in denen die Geldreserven der kapitalistischen Gesellschaft zusammenfließen. Man müßte also annehmen, daß die Bankleitungen über den sichersten Maßstab verfügen, um zu beurteilen, was nicht, wie groß in absoluten Ziffern ausgedrückt die Kapitalbildung ist, aber doch wenigstens, ob überhaupt Neukapital geschaffen, Mehrwert gebildet worden ist oder nicht, ob Kapitalienanhäufung stattfindet oder ob noch immer, wie in den letzten Jahren der „Inflation“, „von der Substanz“ gezehrt wird. In dieser Frage, über die sie doch, wie man meinen sollte, am allerbesten Bescheid wissen müßten, sind die Bankleiter geteilter Meinung. Die Allgemeine Deutsche Creditanstalt zu Leipzig schreibt in ihrem Geschäftsbericht:

„Über die positiven Erfolge der Umstellung sind vielfach spärlisch. Es wird oben in der Regel nur erreicht, daß man in der Lage ist, die Steigerung der Steuern und sozialen Lasten gerade noch tragen zu können; und das auch in vielen Fällen nicht. Eine nennenswerte Kapitalbildung in der Wirtschaft und insbesondere eine Steigerung der Exportmöglichkeiten dagegen wird, wenn überhaupt, nur in bescheidenem Umfange erzielt.“

Ganz anderer Ansicht ist die Verwaltung der Deutschen Bank, die ja ihrem Geschäftsumfange nach immer noch an der Spitze der deutschen Großbanken marschiert. Sie äußert sich über diese Frage wie folgt:

„Immerhin näherten wir uns im ganzen einer Kapitalbildung, die ohne Nationalisierungsbedarf, zu dessen Befriedigung wir auf das Ausland angewiesen bleiben, imstande ist, unsere Wirtschaft mit Inlandsmitteln zu finanzieren. 4 1/2 Milliarden Reichsmark an Schuldverschreibungen und Aktien konnten durch die deutschen Börsen untergebracht werden, ohne daß Anzuchtigkeiten anderer Art jutage traten, als mit der ungleichmäßigen Verteilung der Emissionen über das Jahr hin verbunden waren.“

Die Geistesprodukte der Großbankleitungen haben demnach zweifellos weniger Goldwert als der Inhalt ihrer feuerfesten Arzheime. Bei der Unzuverlässigkeit ihrer wörtlichen Versicherungen müssen wir uns notgedrungen darauf beschränken, uns an ihre Ziffern zu halten. Die Summe der bei den sechs Berliner Großbanken (Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter und Nationalbank, Berliner Handelsgesellschaft, Commerz- und Privatbank) aufgesammelten Guthaben der Einleger (Kreditoren) hatte schon Ende 1926 den Marktbetrag nach dem Vorkriegsstand überschritten. 1927 war der Vorkriegsstand auch dem Geldwerte nach überschritten. Die Kreditoren beliefen sich in Millionen Mark

	1913	1927
Deutsche Bank	1580,0	1977,4
Disconto-Gesellschaft	674,0	1139,0
Dresdner	958,4	1640,1
Darmstädter	859,2	1563,9
Commerz	486,4	1107,8
Handelsgesellschaft	296,8	343,1
	4954,8	7771,3

Die Summe der Kreditoren war also Ende 1927 um fast 60 Prozent größer als 1913, während der Geldwert nur um etwa 35 Prozent höher gewesen ist. Daß das in Form der Einlagen bei den Banken angehäuften Geldkapital die unmittelbare Betriebsbedürfnisse weit übersteigt, ergibt sich aus der Veränderung, die seit 1926 in der Zusammenfassung der Einlagen vor sich gegangen ist. Der Anteil der sogenannten Termingelder, d. h. der Gelder, die für große Fristen und für längere Zeit unfundbar der Bank überlassen werden, stieg von 49,9 im Jahre 1926 auf 57,8 Prozent im Jahre 1927. Auf die kurzfristigen Gelder entfiel also 1926 der größere, 1927 der kleinere Teil. Das, obwohl in das Jahr 1926 eine Zeit der Stodung fiel, während das ganze Jahr 1927 eine Zeit der Hochkonjunktur gewesen ist, in der die Anforderungen des industriellen und Handelskapitals zu wachsen pflegen. Damit ist erwiesen, was auch die Abschlüsse der industriellen Aktiengesellschaften bestätigen, daß die Rationalisierungskonjunktur nicht nur „negativ“, wie die Adca meint, sondern sehr positiv sich zugunsten des Industrie- und Handelskapitals ausgewirkt hat, und daß die Gewinne in der Zeit der Hochkonjunktur des verfloßenen Jahres noch stärker zugenommen haben als die Produktion.

Dagegen könnte eingewendet werden, daß nach den Angaben der Großbankleitungen das Auslandskapital mit 20 bis 30 Prozent an den Einlagen beteiligt gewesen ist, daß also ein beträchtlicher Teil des Betrages, in dem die Kreditoren angewachsen sind, nicht aus dem Inlande, sondern aus dem Auslande stammt. Danach hätte also das Schlagwort vom Kapitalmangel Berechtigung und es wäre richtig, was der Geschäftsbericht der Deutschen Bank behauptet, daß